

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblattband“

Einzelhefte geöffnet von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblattband“ Nr. 6650-55.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: Mt. 1.20 monatlich, Mt. 8.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Postgebühren. Mt. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb Deutschlands. — Bezugs-Veränderungen nehmen annehmen entgegen. In Wiesbaden bei der Druckerei „Die Wochenschrift“ 18, sowie bei den Buchhändlern in allen Teilen der Stadt; in Böhmen bei der Druckerei „Die Wochenschrift“ und in den benachbarten Orten und im Rheingau bei den betreffenden Tagblatt-Verlegern.



Anzeigenpreis für die Zeile: 25 Pf. für deutsche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.20 Mt. für sonstige Anzeigen; 2.50 Mt. für auswärtige Anzeigen. — Bei mehrwöchiger Aufnahme besonderer Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Entwurf: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an begrifflichen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Köpen 6202 und 6203.

Samstag, 16. März 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 128. • 66. Jahrgang.

Anerkennung Kurlands als unabhängiges Herzogtum.

Ein geschichtlicher Vorgang im Kanzlerpalast.

W. T.-B. Berlin, 15. März. (Amtlich.) Eine Abordnung des kurländischen Landrats, bestehend aus den Herren Landesbevollmächtigter Baron Rehden, Gemeindevorsteher Besched, Rechtsanwalt Melbilla und Superintendent Bernowicz, ist heute beim Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling erschienen, um ihm den Beschluss des Landrats vom 8. März zu überreichen und eine Antwort seiner Majestät des Kaisers darauf zu erbitten. Der Reichskanzler empfing die Abordnung im Gartensaal des Reichskanzlerpalastes. Er sprach bei der Begrüßung die Hoffnung aus, daß der heutige geschichtliche Vorgang für Kurland und für das Deutsche Reich im gleichen Maße gute Früchte zeitigen möge.

Als Sprecher der Abordnung verlas Baron Rehden den Beschluss.

Die Botschaft des Kaisers an die Kurländer lautet: Seine Majestät der Kaiser und König haben bereits durch seine Antwort auf das Duldigungstelegramm des kurländischen Landrats seiner tiefgefühlten herzlichen Freude über den Beschluß vom 8. März Ausdruck gegeben und gerührt, sich nunmehr zu beauftragen, Ihnen, den heute hier erschienenen Vertretern des kurländischen Landrats, seinen wärmsten Dank für das in dem Beschlusse zum Ausdruck gebrachte Vertrauen zu übermitteln.

Mit besonderer Freude und Genugtuung haben Seine Majestät von der an ihn gerichteten Bitte Kenntnis genommen, die Herzogkrone Kurlands anzunehmen. Seine Majestät erblickt hierin ein besonderes Zeichen des unerschütterlichen Vertrauens zu seiner Person und dem Hause Hohenzollern sowie zum Deutschen Reich und Preußen. Die allerhöchste Entschcheidung wird nach Anhörung der zur Mitwirkung berufenen Stellen getroffen und dem Landrat mitgeteilt werden.

Mit lebhafter Freude und Genugtuung haben Seine Majestät seiner Freude, daß der Wunsch des Landrats auf eine enge Verbindung des Herzogtums mit dem Deutschen Reich gerichtet ist.

Nachdem der kurländische Landrat im September vorigen Jahres und durch den jetzigen Beschluß erneut den Willen zur Wiedererrichtung des Herzogtums Kurland ausgesprochen und nachdem inzwischen die bisherige staatliche Verbindung Kurlands gelöst worden ist, steht der Ausführung dieses Wunsches nicht mehr im Wege. Seine Majestät der Kaiser haben allerhöchst sich beauftragt, im Namen des Deutschen Reiches das wiedererrichtete Herzogtum Kurland als freies und unabhängiges Herzogtum anzuerkennen, ihm den Schutz und Beistand des Deutschen Reiches bei der Einrichtung seines Staatswesens und beim Ausbau seiner Verfassung, die auch eine Landesvertretung auf breiter Grundlage vorsehen muß, zuzusichern und wegen der Festlegung und Formalisierung der vom Landrat beschlossenen engen Verbindung mit dem Deutschen Reich das Weitere zu veranlassen. Eine formelle Urkunde über die Anerkennung Kurlands wird dem Landrat noch zugehen.

Seine Majestät haben mich beauftragt, den Landrat darauf hinzuweisen, daß die Anteilnahme seiner Majestät und des Deutschen Reiches an dem Schicksal der übrigen baltischen Gebiete bereits in dem kürzlich abgeschlossenen deutsch-russischen Friedensvertrag zum Ausdruck gekommen ist, und dem Landrat zu versichern, daß die Gestaltung der Verhältnisse in diesen Gebieten auch weiterhin von der ganzen Anteilnahme seiner Majestät des Kaisers und Königs getragen sein wird.

Der Reichskanzler zog hierauf die Mitglieder der Abordnung in ein Gespräch, in dessen Verlauf er seiner Freude über die Einmütigkeit der deutschen und lettischen Elemente aus sprach, die in dem eben verlesenen Dokument einen so schönen Willensausdruck gefunden habe.

Mit Worten des Dankes verabschiedete sich sodann die Abordnung.

Der Friedensvertrag vor dem Moskauer Kongreß.

Br. Berlin, 16. März. (Eig. Drahtbericht ab.) Die bolschewistischen Abgeordneten auf dem Moskauer Kongreß haben mit 453 gegen 30 Stimmen den Friedensvertrag gutgeheißen.

Die Stimmung in Moskau.

Rotterdam, 15. März. Nach dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet der „Daily News“ Ransom aus Moskau vom Dienstag: Alle Tore des Kremls bis auf eines sind geschlossen. Im Kreml sind große Vorräte an Munition aufgestapelt, die von einem lettischen Regiment dort hingebracht worden sind. Man beabsichtigt, den Kreml in eine Festung der Revolutionäre umzuwandeln.

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wird wahrscheinlich ratifiziert werden, da es Lenin glückt, die Mehrheit der bolschewistischen Partei für

seinen Standpunkt zu gewinnen. Die besitzenden Klassen in Rußland sehen ein, daß der Friede im wahren Sinne des Wortes unmöglich ist, solange die Sowjets die Macht in Händen haben. Im Hause eines Moskauer Kaufmanns hörte der Korrespondent sagen, daß die russischen Kaufleute lieber vom Kaiser von China als von der Bolschewiki regiert werden wollen. Man sprach von den Deutschen wie von Rettern. Die besitzenden Klassen sehen ein, daß die Macht der Sowjets mit Lenin an der Spitze sowohl für Deutschland als auch für sie selbst eine Gefahr ist.

Trochaj in einem neuen Amt als Volksbeauftragter.

W. T.-B. London, 14. März. Das Reutersche Bureau berichtet: Ein Telegramm aus Petersburg meldet: Trochaj ist zum Volksbeauftragten für die militärischen Angelegenheiten an Stelle Bednowseis, der zurückgetreten ist, ernannt worden. Der Posten des Höchstkommandierenden ist abgeschafft worden.

König Ferdinand von Rumänien tritt vom Schauplatz ab.

Br. Budapest, 16. März. (Eig. Drahtbericht ab.) Der Bukarester Sonderberichterstatter des „Westi Naplo“ meldet seinem Blatte: König Ferdinand von Rumänien ist nach der Schweiz abgereist. Am 8. März wurden in Bukarest die Friedensverhandlungen unterbrochen. Graf Czernin traf am Tage darauf mit König Ferdinand im Maratesti zusammen. König Ferdinand erklärte, daß er die Hindernisse eines dauernden Friedens mit der Monarchie nicht noch durch seine Person vermehren wolle, daß er daher Rumänien verlassen werde, um die Entwirrung der Lage zu erleichtern. Montagnachmittag fuhr der König nach Blösi und durch Siebenbürgen, Ungarn und Österreich nach der Schweiz.

Der Tagesbericht vom 16. März.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 16. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Abend und während der Nacht war die englische Artillerie namentlich zwischen Arras und St. Quentin sehr tätig.

Durch feindliches Feuer und Bombenabwurf auf rückwärtige Ostschanzen entstanden in Rehen und Galluin größere Verluste unter der Bevölkerung.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz, v. Gallwitz und Herzog Albrecht.

Nach von Reims, auf beiden Maasrfern sowie an der lothringischen Front bei Mulach und Namont war der Feuerkampf tagüber gesteigert; beiderseits von Ornes blieb er auch die Nacht hindurch lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Admiralstabsmeldung.

Rund eine halbe Million Tonnen durch Arnold de la Perre versenkt.

W. T.-B. Berlin, 15. März. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer wurden durch unsere U-Boote acht Dampfer und ein Segler von zusammen mindestens

27 000 Bruttoregistertonnen

versenkt. Im besonderen beteiligt ist an diesen Erfolgen „U 35“, Kommandant Kapitänleutnant Arnould de la Perre. Dieser bewährte Kommandant hat in zweieinhalbjähriger Tätigkeit im Mittelmeer mit seinem kriegertüchtigen Boot an Schiffsraum rund eine halbe Million Bruttoregistertonnen versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein dänischer Dampfer torpediert.

Br. Christiania, 16. März. (Eig. Drahtbericht ab.) In den letzten Tagen wurde in Christiania der Kapitän und 19 Mann des dänischen Dampfers „Rondelborg“ eingebracht, der auf dem Wege von Kopenhagen nach England angeblich durch ein deutsches U-Boot, 20 Meilen von Oslo, versenkt worden ist. Der Kapitän und die Besatzung betonen das humane und korrekte Verhalten des U-Bootskommandanten.

Zunehmende Angst wegen der Schiffsbaukrise.

W. T.-B. Christiania, 16. März. Ein Privattelegramm an „Detenskang“ von seinem Londoner Berichterstatter meldet: Die Angst wegen der Schiffsbaukrise nimmt zu. Es beginnt allgemein klar zu werden, daß die Vernichtung von U-Booten zu zufriedenstellenden Ergebnissen geführt habe, ein vollständiger Zusammenbruch erster Art auf dem Gebiet des Schiffsbaues eingetreten ist.

Die tiefgehende Erregung Hollands über die Entente-Schurkerei.

W. T.-B. Amsterdam, 15. März. Das „Algemeen Handelsblad“ bemerkt zu der vom Reuters-Bureau telegraphierten britischen Erklärung, daß die Beschlagnahme der holländischen Schiffe keine neue Form von Seeraub sei. Diese Tat sei allerdings Seeraub und ein ganz großer Willkürakt. Die Holländer werden diese Beschlagnahme niemals einsehen, werden die Raube immer Raube und die alliierten Regierungen Schurken nennen. Sie werden der Gerechtigkeit Liebe, die Präsident Wilson so prächtig in Worten zum Ausdruck bringen kann, genau so viel Wert beimessen wie der Diebe seines Landes für die kleinen Nationen, das die südafrikanischen Republiken ermordet. Wenn Americas Beamte jetzt so tun, als ob die Beschlagnahme unserer Schiffe notwendig wäre, um die Neutralen der ganzen Welt mit Lebensmitteln zu versorgen, so ist das nur eine armselige Ausrede. England muß Schiffsraum haben und damit ist alles gesagt. Wir wissen noch nicht, was unsere Regierung tun wird. Wird sie einen Protest veröffentlichen und ihre Zustimmung zum Seeraub verweigern oder die Sache lassen wie sie ist? Wird sie einzutauschen versuchen, was ihr, wenn sie es nicht einräumt, doch genommen werden würde? Wird sie die Gesandten der seerauberischen Mächte erlauben, ihre Koffer zu packen und abzureisen? Viel wäre damit nicht verloren. Das Blatt schließt: In einem solchen Augenblick muß es der Klugheit der Regierung überlassen bleiben, die Entscheidung zu treffen, die Land und Leute am wenigsten schädigt. — „Tijds“ schreibt: Das Ultimatum der alliierten Regierungen ist eine der größten Beleidigungen, die man Holland zugefügt hat. Holland wird sich doch nicht scheuen müssen, aber die Erinnerung an den großen Raubmord durch die Beschläger der kleinen Nationen werde im Gedächtnis des holländischen Volkes lange fortleben.

W. T.-B. Amsterdam, 15. März. Der „Nieuwe Courant“ schreibt: „Man kann nach den Berichten aus London und Washington nicht mehr zweifeln, daß die Bedingungen, unter denen Amerika und die Alliierten uns zur Annahme des in London entworfenen Schiffsabkommens zu bewegen trachten, die Form eines Ultimatum's annehmen haben. Nichts stimmt bei dieser Gewalttat so bitter wie die Versuche, sie mit einem völkerrechtlichen Mäntelchen zu umkleiden.“ Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ schreibt: „Das Ziel der Alliierten ist, Holland so viel Schiffsraum wegzunehmen als möglich. Auf die Mittel, wie sie das erreichen, kommt es den edlen Anwälten der Menschenrechte, den sich selbst als Vorläufer der kleinen Nationen verhimmelnden alliierten Regierungen nicht an. Das Blatt betont, daß das Durchfahren der gefährdeten Gebiete Holland mindestens die Hälfte seiner Schiffe kosten würde und daß es eine Lebensfrage für das Land sei, für den Wettbewerb nach dem Kriege über möglichst viel Schiffsraum zu verfügen.“

Der Zweck des Ententesdrucks: Herbeiführung des Kriegszustandes zwischen Holland und Deutschland.

Br. Berlin, 16. März. (Eig. Drahtbericht ab.) Aus dem Haag wird der „Tijds. Rundsch.“ von auherordentlicher Seite mitgeteilt, daß das Ultimatum in erster Linie nicht von England, sondern von Amerika ausgehe. Als Zweck dieses Schrittes wird in holländischen Regierungskreisen genannt: Die Herbeiführung des Kriegszustandes zwischen Holland und dem Deutschen Reich, wodurch Deutschland gezwungen werden soll, etwa 400 000 Mann von der Westfront wegzuschicken, um seine Rückensicherung wiederherzustellen. Man will, so lautet das Urteil politischer maßgebender holländischer Kreise, uns mit Gewalt in die Lage Griechenlands zwingen. Sicher ist, daß Holland protestieren wird, daß es diesem Protest aber die tatsächliche Unterwerfung wird folgen lassen, steht leider als nahe Gefahr vor der Tür. Die holländische Regierung betrachtet die Lage als sehr ernst. Die Entscheidung liegt in Berlin. Wir hoffen, daß Deutschland eine wehrtaugliche Würdigung der zwingenden Notwendigkeiten Hollands sich nicht verlogen wird.

Die neue Ententekonferenz in London.

Br. Genf, 16. März. (Eig. Drahtbericht ab.) Clemenceau ist von Paris abgereist. Er begibt sich zur Ententekonferenz nach London, die dieser Tage eröffnet wird.

Die englische Politik an einem entscheidenden Wendepunkt.

W. T.-B. Berlin, 15. März. Zu dem englischen Raub holländischer Tonnage gefestigt sich eine neue, für

Englands Notlage nicht minder bezeichnende Nachricht der „Times“ vom 25. Februar: „Das englische Kriegskabinett hat nach langer Überlegung entschieden, daß bei der Zuteilung von Schiffsräumen die Lebensmittel den Vorrang vor allen Kriegsbedürfnissen haben sollen.“

Deutsches Reich.

Hauptauschuß des Reichstags.

Dr. Berlin, 16. März. (Sta. Drahtbericht. 26.) Der Hauptauschuß des Reichstags beriet heute zunächst das Postgesetz. Nach verschiedenen Ausführungen wurde das Gesetz unverändert angenommen.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiederaufbau des Wiesbadener Handwerks nach dem Krieg. Der Schwerechnor des Reservelazaretts 8 hier hat seine wertvolle Köchensliebe inzwischen auch in den Dienst des Wiederaufbaus des Wiesbadener Handwerks nach dem Krieg gestellt.

Kaiser- und Volkshand. Unter der Schirmherrschaft des Kaisers hat im Jahre 1917 die Versorgung der Feldtruppen mit Weihnachtsgeschenken als Kaiser- und Volkshand für Heer und Flotte stattgefunden.

Aus Kunst und Leben.

„Kunstkonzert“. Das 11. Jubiläumskonzert gestern Abend im Rathaus fand unter Mitwirkung von zwei Künstlern statt, die in der Musikwelt sich eines ausgezeichneten Rufes erfreuen.

haben, für ihre Spenden und ihre erfolgreiche Tätigkeit seinen Dank aus. Der stellvertretende kommandierende General des 18. Armeekorps General der Infanterie Nibel schließt sich dieser Anerkennung für den ihm unterstellten Korpsbereich in vollem Umfang an.

— Zur Nachahmung empfohlen. Eine Polizeiverordnung des Kreisamts Bingen verbietet für den Kreis Bingen das Festschalten und den Verkauf von Weidenläschen bei Androhung einer Geldstrafe bis 30 M.

— Tödlicher Jahresurlaub. In einem Hotel an der Sonnenberger Straße ist dieser Tage eine bereits im reiferen Alter stehende dort abgeheirathete Dame von auswärts auf dauerliche Art und Weise gekommen.

— Dachstuhlbrand. Gestern Morgen entstand in einem Hause an der Adolfsstraße ein Schadenfeuer auf noch nicht bekannt gewordener Weise. Die ständige Feuerwache wurde herbeigerufen und sie hatte mit der Bekämpfung des zerstörenden Elements etwa eine halbe Stunde zu tun.

— Gestohlen wurden an dem Hause Korffstraße 87 von einem Karren weg eine zehnjährige Doppelleiter; aus einem Keller des Hauses Adolfsstraße 1 mittels Abhebens des Kellertostes von der Straße her etwa 15 Zentner Kartoffeln.

— Raubdiebstahl. Die Dienstmagd Maria Bad aus Klemensdorf in Litterich, eine Debin, bei der eine Menge gestohlener Sachen ermittelt wurden, befindet sich seit längerer Zeit hier in Untersuchungshaft.

— Hausbettel. Die kinderlose Ehefrau Katharina O. nimmt mit ihrem Vater schon seit geraumer Zeit fortwährend mündlich und brieflich die Privatwohltätigkeit in Anspruch.

— Kriegsauszeichnungen. Hofinspektor Rth. Rosenbrock, Hauptmann D. und Bataillonsführer in einem Reserve-Regiment, und Leutnant D. R. Elzer Bormag, Sohn des Herrn Moritz Bormag, wurde durch Verleihung des Eisernen Kreuzes I. Klasse ausgezeichnet.

zwar gestreich sein mag, dem Ohr aber auch hartes summet und vor allem Herz und Gemüt leer ausgeben läßt. Die Singstimme, in ihrer wenig melodischen Führung außerordentlich schwierig, hat gegen die Kontrassen des Orchesters keinen leichten Stand.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Karl Hauptmann begeht am 11. Mai seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hat der Verlag Litterisch u. Co., Berlin W. 15, in Gemeinschaft mit dem „Deutschen Bühnenverein“ die Theatervorleiter gebeten, den Dichter durch Aufführung seiner Werke an diesem Tage zu ehren.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Aufhebung der Volkspolizei für den Kreis Bingen. — Bingen, 11. März. Der Gouverneur der Provinz Mainz gibt bekannt, daß die Revorkordnungen betr. Ausweis- und Reisedpflicht für die Stadt Bingen, gegen den Kreis Bingen und die zum Bezirkbereich der Stellung Mainz gehörenden Teile des Kreises Alzen und Rheingau aufgehoben sind.

— Wehen, 1. März. Das neunjährige Wöhen des Arbeiters Bruchhäuser (der zurzeit im Felde ist) aus Wiesbaden, das mit zwei Brüdern während des Krieges bei hiesigen Verwandten Aufnahme gefunden hat, kam beim Spielen in einer Scheune so unglücklich zu Fall, daß er einen Schädelbruch erlitt und einem Wiesbadener Krankenhaus zugeführt werden mußte.

— Naunenthal i. Rheg., 1. März. Der Naunenthaler Bingerverein hat aus Anlaß des unter Ausfall seiner kürzlich abgehaltenen Weinsteyerfeier der Gemeinde Naunenthal den Betrag von 8000 Mark überreicht.

— Mittelheim, 16. März. Die Resignation des Herrn Pfarrers Schott auf die Pfarrei Mittelheim wurde mit Termin 1. April angenommen. Mit gleichem Termin wurde die Pfarrei Mittelheim an H. Kied a. R. 1. März. Die Leiche der seit einigen Wochen verschwundenen Ehefrau E. A. W. wurde bei Hochheim aus dem Main geborgen.

Sport.

* Fußball. Die Spielvereinigung Wiesbaden und der Biebricher Fußballverein von 1902 trafen sich am morgigen Sonntag auf dem Sportplatz an der Poststraße im Spiel um die Südmalingau-Meisterschaft. Anfang 2 1/2 Uhr.

Neues aus aller Welt.

Explosionsunglück in Paris. W. T. B. Paris, 16. März. (Drahtbericht. Agence Havas.) Amlich wird mitgeteilt: Infolge eines Unfalls ereigneten sich am Nachmittag in Courneuve in der nördlichen Umgebung von Paris zwei furchtbare Explosionen. Man zählt 15 Tote und viele Verletzte.

Handelsteil.

Vereinsbank Wiesbaden.

Die Vereinsbank Wiesbaden, E. G. m. b. H., hat ihr Geschäftsbericht für 1917 fertiggestellt. Danach haben die Umsätze eine gewaltige Steigerung auf 742 000 000 M., erfahren, gegen 501 570 810 M. in 1916 und 240 000 275 M. in 1915.

Ämtliche Devisenkurse in Deutschland.

Table with columns for location (Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Konstantinopel, Spanien) and exchange rates.

Banken und Geldmarkt.

§ Vom Berliner Geldmarkt. Berlin, 16. März. An der Börse hält die Geldflüssigkeit an. Tägliches Geld bedang 4 1/2 Proz. und darunter.

Wettervoraussage für Sonntag, 17. März 1918.

Table with columns for location (Pfeilsch., Cassel, Mainz) and weather forecast details.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Quartalsberichte: E. Degerberg. Verantwortlich für den Inhalt: E. Degerberg. Druck und Verlag: v. Schellenberg'sches Verlagsunternehmen in Wiesbaden.

Aufgebot.

Die Frau **Christine Käbe** in **Wiesbaden**, Winkelstraße 6, hat beantragt, ihren verschollenen Gemann, Reservisten **Gustav Käbe**, geboren zu Bohlau am 19. April 1888, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den **6. Mai 1918**, vormittags 9 1/4 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 92, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. F605

Wiesbaden, den 13. März 1918.

Königliches Amtsgericht, Abt. 12.

Zur Auseinandersetzung einer Gemeinschaft soll am **22. März 1918**, vorm. 10 1/2 Uhr an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, vor dem Königlichen Amtsgericht, hier, das

Baugrundstück

im „Gainer“, Grundbuch von Wiesbaden, Band 85, Blatt Nr. 1603 und Band 110, Blatt Nr. 1155, öffentlich versteigert werden. Das Grundstück ist 32 ar 64 qm groß, liegt in zukunftsreicher Gegend Wiesbadens, grenzt unmittelbar an die bebaute Gustav Freytag- und Humboldtstraße und seine Straßenbaukosten sind bezahlt. Es eignet sich zur Errichtung von zwei bis drei Landhäusern, kann aber auch der Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. F605

Wiesbaden, den 15. März 1918.

Königliches Amtsgericht, Abt. 9.

Frauenklub C. B., Dranienstr. 15Montag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr: **Konzert.**

Gesang: Frau Seiffert. Klavier: Fel. Schroeder. Eintritt für Nichtmitglieder 1 M.

Der Vorstand.

Turngesellschaft Wiesbaden J. P.

Samstag, den 23. März d. J., abends 9 Uhr, findet in unserem Vereinsloka eine

Mitglieder-Versammlungstatt, mit folgender Tagesordnung:
1. Erloswahl für ein ausscheidendes Vorstandsmitglied.
2. Besprechung wichtiger Vereinsangelegenheiten.

Wozu wir unsere Mitglieder freundlichst einladen.

Der Vorstand F 424

J. A.: Hch. Wolf, 1. Vorsitzender.

Geöffnet: **Gratis** Geöffnet:
Wochentags **Gratis** Sonntags
9—1 u. 3—7. 10—2.

erhalten Konfirmanden, Kommunikanten und Erstschulgangkinder bei einer Aufnahme von 5.50 an das beliebte

„Geschenkbild“

Photographie **E. Schmidt**
vorm. Photo-Elektra Schmidt
Michelsberg 1

Haarausfall.

„Eucrinol“ kräftigt die Haarwurzeln, verhindert den Haarausfall und Schuppenbildung und erhält das Haar bis ins höchste Alter. Alleinverkauf Schützenhof, Postfach Posastraße 11. 182

Frisch eingetroffen:

- 1 Wagon dunkelrote Speisemöhren,
- 1 Wagon gelbe Kohlraben,
- 1 Wagon Chicorée,
- 1 Partie Schwarzwurzeln.

Verkauf zu Höchstpreisen,
für Händler zu Großhandelspreisen

bei **Knapp, Friedrichstraße 8**
im Lager.

Deutscher Kleesamen

in ganz vorzüglicher Ware,
sowie Swiger Kleesamen oder Luzerne,
so lange frei und unverkauft, empfiehlt

Joh. Georg Mollath Nachfolger
Marktstraße 32, Wiesbaden. Telefon 3751.

**E. zündholz, Abfallholz,
Ranholz, Bretter, Latten u.
Stangen in jeder Größe**

Liefert frei Haus

245

W. Gall Wwe., Schwalbacher Straße 2.
Telefon Nr. 24.

Erklärung.

Die im Hauptausschuss des Reichstages gegebene Darstellung über unerlaubte Gewinne, die in den Daimlerwerken gemacht worden sein sollen, beruht auf Angaben eines ehemaligen Beamten, der von der Firma wegen Untreue schon am 12. Januar 1918 entlassen sowie zur Strafanzeige gebracht worden ist und sich in dem eingeleiteten Verfahren vor dem Strafrichter zu verantworten haben wird.

Die Angaben dieses Beamten gehen dahin, die Daimlerwerke hätten durch Vorlage von angeblich falsch aufgestellten Kalkulationen von der Heeresverwaltung masslose Preise gefordert und erhalten.

Wie haltlos diese Vorwürfe gegen die Daimlerwerke sind, geht aus der Art und Weise hervor, wie die den Daimlerwerken von der Heeresverwaltung bewilligten Preise festgesetzt worden sind. Die Grundlage für die Preisfestsetzung bilden nämlich nicht Kalkulationen der Fabrik, vielmehr hat die Militärbehörde schon in einer früheren Zeit des Krieges nach den Pferdestärken der Motoren gewisse Einheitssätze pro Pferdekraft festgelegt, die sie nach ihrer Angabe für die ganze Flugmotorenindustrie einheitlich festsetzen wollte. Erst am 23. März 1917, lange nach dieser Festsetzung der Preise und ohne jeden Zusammenhang und Einfluss auf die Höhe dieser Preise, hat die Firma auf den Wunsch eines Referenten der Militärbehörde diesem einen summarischen Kostenüberschlag zugeschickt, ohne daran irgendetwelche Forderungen zu knüpfen. Die Richtigkeit dieses Kostenüberschlags wird bei jeder Nachprüfung durch Sachverständige bestätigt werden. Was der anzeigende Beamte als endgültige Kalkulation ansieht und mit entwendeten Unterlagen belegen will, sind Teilkalkulationen, die keineswegs die Endzahlen der tatsächlichen Kosten darstellen, in die er in seiner untergeordneten Stellung keinerlei Einblick hatte. Wie die Behauptung unrichtig ist, dass die Daimlerwerke Kalkulationen falsch gemacht und auf dieser gefälschten Grundlage eine Preisfestsetzung erfolgt sei, ebenso unwahr ist die weitere, dass die Firma aus dieser angeblichen Fälschung 4 Millionen Mark Gewinn im Monat gezogen habe.

Im übrigen gibt die von der Regierung im Hauptausschuss getroffene Feststellung, dass die Preise der Daimlerwerke die billigsten aller Konkurrenzfirmen bei vorzüglichem Fabrikat sind, die beste Widerlegung der gegen unsere Firma erhobenen Beschuldigungen; denn es ist klar, dass bei der anerkannten Güte des Fabrikats die Daimlerwerke mindestens mit denselben Löhnen und Materialkosten wie die Konkurrenz zu rechnen haben.

Die Drohung einer Einstellung des Betriebes ist von der Firma niemals gegenüber der Heeresverwaltung ausgesprochen worden. Lediglich im Zusammenhang mit einer unter dem 12. 2. 18 geäußerten Bitte um Preisrevision ist darauf hingewiesen worden, daß eine eventuelle Aufhebung der unrationellen Nachtschicht eines kleinen Teiles der Belegschaft in Erwägung zu ziehen sei. Diese Erklärung ist zudem einige Tage später ausdrücklich zurückgenommen worden.

Von einer Preiserhöhung um 50% war überhaupt nie die Rede, sondern es ist um eine Revision der Preise gebeten und hierbei eine Erhöhung um 10% vorgeschlagen worden, die aber nicht bewilligt worden ist.

Die Dividenden-Ausschüttung der Daimlerwerke hängt in erster Linie zusammen mit der Politik starker Abschreibungen der Aktiven und der Ansammlung großer Reserven, die von der Gesellschaft schon seit vielen Friedensjahren befolgt wurde, um allen Aufgaben und Fährnissen der Zukunft gewachsen zu sein.

Es war bisher nicht üblich, Geschäfts- und Fabrikations-einzelheiten auf die einseitigen Behauptungen eines entlassenen Angestellten hin zur Grundlage einer öffentlichen Aburteilung zu machen und dem Angeschuldigten keinerlei Gehör vor einer Verurteilung zu gewähren.

Die übereilte Kritik und Behandlungsweise, unter der wir zu leiden haben, nötigt uns zu diesem Protest.

Stuttgart-Untertürkheim, 11. März 1918.

Daimler-Motoren-Gesellschaft.